

Pressemitteilung

Berlin, den 03.09.2019

27/2019

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik Erster Deutscher Frauenkongress kommunal in Mainz

Die Kommunalpolitik in Deutschland braucht mehr Frauen in kommunalen Führungspositionen. Derzeit wird nur jedes zehnte Rathaus von einer Frau geführt, auch in den kommunalen Vertretungen sind derzeit nur rund 27 Prozent aller Mandate mit Frauen besetzt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat sich zum Ziel gesetzt, diese Situation zu verbessern und den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen. Auf dem 1. Deutschen Frauenkongress kommunal in Mainz kamen daher rund 150 Kommunalpolitikerinnen zusammen, um über Ideen und Konzepte für eine weiblichere Kommunalpolitik zu diskutieren. Den Hauptvortrag im Rahmen der Veranstaltung hielt Bundesministerin Dr. Franziska Giffey.

„Derzeit haben wir zu wenig Frauen in den Kommunalparlamenten und in den Führungspositionen der Kommunalverwaltungen. Das müssen und wollen wir dringend ändern“, betonte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, in seinem Eröffnungsvortrag. „Dabei geht es nicht nur um demokratische Gesichtspunkte, die einen höheren Frauenanteil erfordern. Es geht vielmehr um bessere Politik in den Kommunen insgesamt. Frauen bringen Kompetenzen, Sichtweisen und Erfahrungen mit, die unverzichtbar sind und die örtliche Gemeinschaft stärken.“

Auf dem Frauenkongress wurde zudem die „Mainzer Resolution“ für mehr Frauen in Führungsverantwortung in Kommunen vorgestellt. Darin fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund unter anderem ein Leitbild

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253
Telefax 030.773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Alexander Handschuh

Frauenförderung in der Kommunalpolitik. So sollen etwa die Sitzungen in den Kommunalparlamenten familienfreundlicher ausgestaltet werden, sowohl was Tagungszeiten als auch Teilnahmeverpflichtungen betrifft. Auch die Themen Nachwuchsgewinnung und die Etablierung eines positiven Leitbildes der Kommunalpolitik werden aufgegriffen. Schließlich sollten auch Mentoringprogramme auf Bundes- und Landesebene weiter ausgeweitet werden. Die Mainzer Resolution ruft die Kommunalpolitikerinnen dazu auf, weibliche Netzwerke zu bilden und einander zu unterstützen. „Wenn es darauf ankommt, gilt derzeit leider immer noch viel zu häufig das Prinzip Männer fördern Männer“, stellte Landsberg fest.

Auf dem 1. Deutschen Frauenkongress kommunal präsentierten zahlreiche erfolgreiche Frauen ihre Konzepte und Strategien, um sich in der kommunalen Politik zu behaupten und durchzusetzen. Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Feuerwehr stellten in einem umfangreichen Themenblock ihre Sichtweise auf den Frauenalltag in Kommunen dar. „Wir haben heute viele erfolgreiche Frauen erleben dürfen, die Vorbilder und Wegbereiter für eine weiblichere Kommunalpolitik sein können. Das macht Mut und schafft Motivation. Frauenförderung muss Leitbild und Leitgedanke in der Kommunalpolitik werden“, so Landsberg abschließend.

Hintergrund zum 1. Deutschen Frauenkongress kommunal:

Die Konferenz wurde vom Deutschen Städte- und Gemeindebund in Kooperation mit dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, dem Städtetag Rheinland-Pfalz, dem Bayerischen Gemeindetag, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, dem Hessischen Städtetag, dem Gemeindetag Baden-Württemberg und dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag initiiert. Die Konferenz bildete den Auftakt für eine Reihe an Veranstaltungen rund um das Thema Frauenförderung in der Kommunalpolitik. Der 2. Deutsche Frauenkongress kommunal ist für das Jahr 2020 geplant.